



Russland jede imperiale Aggression verwehren

Dr. Klaus Olshausen

Juni 2023

Zusammenfassung

Russland muss sich aus der Ukraine zurückziehen, sagt Bundeskanzler Scholz. Dann geht es jetzt nicht um Patt-situationen, Waffenstillstand oder eingefrorene Konflikte. Drei Ansätze sind nachdrücklich zu verfolgen:

1. Viele der 140 Staaten, die in der UN-Vollversammlung gegen die russische Aggression votiert haben, für praktische Maßnahmen gegen den Aggressor zu gewinnen;
2. Die Ukraine auch militärisch massiv zu unterstützen – ohne selbstbindende Beschränkungen;
3. In Vilnius den Beitritt der Ukraine mit MAP und nicht mit NATO-Ukraine Rat zielgerichtet voranbringen – so kann dem imperialen Russland die Ausdehnung verwehrt werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Wer die klare Aussage von Bundeskanzler Scholz ernst nimmt, dass Russland sich aus der Ukraine zurückziehen muss, um den Krieg zu beenden, der sollte sich nicht mit Szenarien von Pattsituationen, Waffenstillstand oder eingefrorenen Konflikten beschäftigen.

All diese Vorstellungen und Meinungsäußerungen geben Putin immer wieder Anlass, am Willen und der Entschlossenheit des Westens zu zweifeln, die Ukraine so stark und so lange zu unterstützen, bis die von Scholz formulierte Forderung erreicht ist.

Nur wenige haben die Brutalität Russlands im Tschetschenienkrieg als Leitlinie russischer Politik erkannt. Noch weniger waren bereit, das revanchistische Handeln Russlands im Georgienkrieg 2008 zu benennen und Putin in die Schranken zu verweisen. Es kam eher gelegen, die Verantwortung für diesen Krieg bei dem „zu stürmischen“ Präsidenten Mikheil Saakashvili abzuladen. Die Annexion der Krim sowie der angestoßene und ständig genährte Abspaltungsprozess der Separatisten im Donbas veranlasste die EU und die NATO-Staaten zu gemäßigten Sanktionen gegen Russland und weniger als ausreichende Hilfe für den Aufbau ukrainischer Streitkräfte. Und nun – mitten im Überlebenskampf der Ukraine für ihre Freiheit und auch für die Europas – wird mit Blick auf die Schrecken dieses Krieges erneut über einen „gesichtswahrenden“ Ausgang für Putin gesprochen, weil man entweder glaubt, er würde dann „Ruhe geben“ oder aus Angst vor einer irrationalen Eskalation.

Nach all diesem Geschehen: Was ist so schwer daran zu begreifen, dass jedes Stück Territorium der Ukraine, das Putin unter seiner Gewalt behält, nicht nur unermessliches Leid und Unterdrückung für die dortige Bevölkerung perpetuiert, sondern seinen Appetit nach diesem – wie immer begrenzten – Erfolg steigern wird, sich für die nächsten hybriden und kriegerischen Unternehmungen zu rüsten.

Wer diese Einschätzung teilt und wer (endlich) erkennt, dass Putins Anspruch sich nicht auf die Ukraine begrenzt, sondern die politisch-militärische Macht über das ganze Europa im Auge hat, der muss doch daran interessiert sein, diese Auseinandersetzung mit dem imperialen Russland jetzt zu Ende zu bringen.

Die Alternativen sind klar und wiederholt – auch auf dem evangelischen Kirchentag – genannt worden: Wenn Putin seine Kräfte aus der gesamten Ukraine zurückzieht, ist der Krieg zu Ende. Wenn der Westen und seine Partner die Unterstützung der Ukraine nicht verstärken oder – vielleicht aus anderen Eigeninteressen – sogar verringern, dann wird der Staat Ukraine zerschlagen. Aber der Wille, der Mut und die Entschlossenheit der Menschen in der Ukraine, sich gegen die Besatzung oder Zerstückelung des Landes zu wehren, wird auch dann anhalten. Und ein lang andauernder Aufstandskrieg wird folgen.

Und diesen wird und muss der Westen dann ebenso unterstützen, wie es viele Staaten nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion schon einmal gezeigt haben. Vor einer solchen Perspektive empfehlen vier Friedensinstitute in ihrem Jahresgutachten 2023, die fortdauernde Unterstützung der Ukraine sicherzustellen, und halten „Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe (weiter) für notwendig, um die Selbstverteidigung der Ukraine zu ermöglichen und das Völkerrecht wiederherzustellen“.

Diejenigen, die wie der Friedensbeauftragte der EKD, der mitteldeutsche Landesbischof Friedrich Kramer, auf dem diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag forderten, die Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen und die Waffen niederzulegen, bahnen Putin einen einfachen Weg, seine Ziele voranzubringen. Und das Leiden, das dann ein Aufstandskrieg von den ukrainischen Menschen abfordern wird, steht in keinem Verhältnis zu dem Aufwand der Befreiung der Ukraine jetzt.



Wer dem von den westlichen Staaten, der EU und der NATO maßgeblich vorgetragenen politischen Zweck zustimmt, die Integrität der Ukraine von 1991 wiederherzustellen und zu garantieren, muss drei Ansätze entschlossen verfolgen.

1. Von den 140 Staaten, die in der UN-Vollversammlung den Angriffskrieg verurteilt und für den Rückzug der russischen Streitkräfte votiert haben, muss eine größere Zahl für die politische und praktische Unterstützung des Kampfes der Ukraine für das allgemeine Recht auf Selbstbestimmung und Unversehrtheit gewonnen werden. Das gilt auch für G20-Staaten, die sich bei den Abstimmungen enthalten haben.
2. Mit mehr Nachdruck und beschleunigt dazu beitragen, mit härteren Sanktionen, militärischen, weiteren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln aller westlichen Staaten und ihrer Partner z.B. in der Ramstein Ukraine-Kontaktgruppe Russlands Konzentration seiner Ressourcen auf den Krieg zu verringern und die ukrainischen Fähigkeiten zu Abwehr und Gegenoffensive schnell und kontinuierlich zu stärken, um den Erfolg zu ermöglichen.
3. Die gemeinsame und geschlossene Entscheidung der noch 31 NATO-Nationen beim kommenden Gipfel in Vilnius, den Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Allianz positiv zu beantworten und die Ukraine mit einem substanziellen „Membership Action Plan“ für eine NATO-Mitgliedschaft einzuladen. Unterlässt die Nordatlantische Allianz diesen Schritt, nährt sie weiter Putins Erwartung, dass er nur etwas länger aushalten muss als die innenpolitisch und von anderen Interessen Getriebenen, die für ein eindeutiges Stoppsignal gegen seine imperialen Ansprüche nicht den Willen, nicht den Mut und nicht die gemeinsame Entschlossenheit aufbringen.

Wenn alle drei Ansätze konsequent verfolgt werden, kann nicht nur Putin zum Rückzug veranlasst werden, sondern wird auch Xi's PRC neue Entscheidungen über die Art ihrer „strategischen Partnerschaft“ mit Russland im Krieg gegen die Ukraine treffen. Erst mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen kann der Versuch beginnen, neue Beziehungen zu gestalten.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>

